Eine große Quelle des Elends ist für die ledigen Fabrikarbeiterinnen nicht selten die Sorge um ihre unehelichen Kinder. Von den 49 befragten Fabrikarbeiterinnen besaßen 9 uneheliche Kinder und zwar 5 Mädchen im Alter von 20 bis 24 Jahren 6 Kinder. 2 Mädchen im Alter von 27 bis 29 Jahren 3 und 2 Mädchen im Alter von 35 bis 36 Jahren 2 Kinder. Zumeist heißt es, der Vater ist nicht auffindbar oder: er kann nichts zahlen. Nur in zwei Fällen finden wir ein Zuschuß; das eine Mal von 6 bis 7 M., das zweite Mal von 7 M. monatlich. Dagegen muß die eine Mutter für das in Pflege gegebene Kind 12 M. zahlen. Ein wahrer Hohn auf Recht und Billigkeit!

In allen Fabriken wird zwar an der Elfstundenarbeitszeit festgehalten, da aber die Arbeiterinnen noch zu Hause namentlich bei stattgefundenen Geschäftsgang 2 Stunden Hilfen leisten, so wird die gesetzliche Maximalarbeitszeit von 11 Stunden, die die Gewerbeordnung vorschreibt, überschritten. Was sagt hierzu die Gewerbeinspektion?

Erwähnenswert ist, daß nach der eigenen Angabe der Fragebogenbeantworter gerade die in besonders gedrückten Verhältnissen lebenden Heim- oder Fabrikarbeiterinnen nicht bewogen werden konnten, über ihre Lage Auskünfte zu machen. Das aus den Fragebogenantworten resultierende Bild ist daher etwas zu rosig ausgefallen.

Die Scheuenische Arbeit, die eine etwas aufmerksame Durchsicht in der kritischen Würdigung der aufgedeckten Mißstände bedurfte, fordert die Unterstellung der Betriebswerkstätten unter die Gewerbeaufsicht, ferner obligatorische Krankenversicherung für die Heimarbeiterinnen und Normalarbeitslöhne nach örtlichem Maßstab.

Wir wünschen, daß diese Arbeit namentlich in jenen Kreisen, die sich durch derartige Belehrung der Arbeiterbewegung auszeichnen, Leser finden möge.

Politische Uebersicht.

Die große Attacke der Bündler gegen die Industriezölle.

vor allem gegen die Eisenzölle, die so lange schon mit gewaltiger Ungeduld angekündigt wurde, ist noch einmal verschoben worden. Nicht in der Zollkommission, sondern erst bei der zweiten Beratung im Plenum soll diese Attacke geritten werden, wenn nicht vorher Regierung und Schlotbarone die Forderungen der Junker bewilligt haben. Die Verschiebung wird mit der Absicht begründet, die zweite Kommissionslesung möglichst abzukürzen, damit man zu Ende gelange. Aber wenn es im Plenum losgeht, dann sollen Regierung und Schlotjunker sehen, was eine agrarische Harke ist, wissen die „zur Verzweiflung getriebenen Bauern" tapfig sind.

Natürlich ist diese ganze „Begründung" nur Verlegenheitsgerede. Die Agrarier trauen sich doch noch nicht recht und wollen sich nicht vorschnell den Rückzug versperren. Daß den Zuschauern dieser Eindruck kommen muß, empfindet die agrarische Presse bitter und sie sucht die Empörung der Erbitterung möglichst plausibel zu machen. Die Deutsche Tagesztg. schrieb gestern:

„Die Kreuzzeitung giebt ihrem Bedauern darüber Ausdruck, daß die von der konservativen Fraktion beschlossene eventuelle Herabsetzung der Industriezölle nicht schon bei der zweiten Lesung in der Kommission verfügt worden sei. Das genannte Blatt meint, das Unterbleiben dieser Herabsetzung könne leicht mißverstanden und als Mangel an Entschlußfähigkeit gedeutet werden. Es giebt deshalb zur Erwägung anheim, ob es nicht zweckmäßiger sei, mit der Herabsetzung der Zölle schon in der Kommission vorzugehen. Diese Bedenken sind zweifellos berechtigt; wir haben sie lediglich deshalb nicht früher, weil wir auf die zweite Lesung der Kommissionen nach Lage der Dinge keinen Wert mehr legen. Man hat sich bekanntlich verständigt, bei der zweiten Lesung nur gewisse Abänderungen vorzunehmen und die bekannten „Unstimmigkeiten" zu beseitigen. Deshalb wird die ganze Entscheidung in das Plenum gerückt. Das ist insofern auch besser, als dort das Verhalten der einzelnen Parteien und Abgeordneten genau kontrolliert werden kann. Gleichwohl geben wir der Kreuzzeitung ganz recht, wenn sie meint, daß das Verhalten in der Kommission mißverstanden werden könnte. Aus sehr vielen Zuschriften ersehen wir, daß es bereits sehr stark mißverstanden worden ist."

Wenn also die Dienstags-Sitzung der Zollkommission nicht das Schauspiel der „Verunglimpfung" der Eisenzölle durch das Zusammenwirken der Linken und Rechten bringen konnte, so brachte sie doch schon kleine Vorpostengefechte für den großen Kampf im Plenum. Die Agrarier zeigten den Industriellen gewissermaßen zur Probe ein klein wenig die Stacheln — eine geringe Ermäßigung einzelner Eisenzollsätze der ersten Lesung wurde beschlossen. Die Sitzung bot das interessante Bild des Zusammenerbens der äußersten Rechten und Linken, der freisinnige Abgeordnete Broemel sprach scherzhaft von einer Firma Hahnbardt geleitete die Gattin zärtlich besorgt zum Divan, sie war selbst sehr ergriffen.

Die Diener präsentierten nun besetzte Tabletts. Man trank Champagner, man stieß an:

„Es lebe die Kunst! Hoch! Hoch unsere Wirte!"

Ludig blickte überm Flügel Meister Sebastian Bach unter seiner Allongeperücke, ihn ging das nicht an. Seine Büste stand der neueren des Hausherrn gegenüber. Frau Leonore hatte darauf bestanden, diese müßte ins Musikzimmer; trotzdem der Hausherr lebhaft protestierte, wurde sie mit Hilfe einiger Freunde dort aufgestellt. Die weißen Gipsgesichter sahen sich voll an.

Es war ein animierter Abend; das Programm wechselte. Eine große Sängerin, der Stern des Opernhauses, sang; man öffnete die Fenster, der Musiksaal war zu eng für dieses mächtige Organ.

Unten machten die Droschkenkutscher auf: „Alle Achtung, jetzert hie!" Die lauschten.

Dann deklamierte zur Abwechslung eine junge, talentvolle Schauspielerin. Fräulein Silvia Maschka gehörte der neuen Schule an; von Pathos keine Spur, sie war ganz Natur. Sie hatte Gedichte eines jungen Lyrikers zum Vortrag gewählt. Er war unbekannt, sie protegierte ihn; sie sprach rasch, sehr rasch, kein Mensch verstand ein Wort. Wozu auch? Aber man applaudierte ihr, man sagte: „Bravo!" Sie sah so allerliebst aus mit ihrem lebhaften Mienenspiel und den erhitzten Farben.

Auf dem Lieblingsplatz der Hausfrau, hinter der spanischen Wand, hatten sich die Schriftsteller zusammengefunden; sie kamen heute nicht genügend zur Geltung, aber: noblesse oblige, man drängte sich nicht vor.

Auf dem kleinen Sofa hatten drei Damen Platz genommen; ein Herr mit Nußknackerzähnen und Anlaß von Embonpoint machte ihnen mit seltener Unparteilichkeit den Hof. Es war Polen, der Chefredakteur eines sehr gangbaren Unterhaltungsblattes; diese drei waren die Sterne seines Journals. Drei große Talente auf einem Sofa!

Links, Minde Noten, beherrschte den Salon; entzückende graziöse Plaudereien entstammten ihrer Feder, sie traf den Ton der guten Gesellschaft wie kein anderer Autor; ihr Stil blühte in jeuziger Schönheit, die Helden waren unglaublich männlich, die Heldinnen unheimlich schön, Verlobung und Hochzeit die Hauptthemata. Jedes Werk ihrer Feder setzte die liebenswürdigen Leserinnen in Trand.

(Fortsetzung folgt.)

Stadthagen. Im allgemeinen wurden die Beschlüsse erster Lesung aufrecht erhalten, bis auf schmiedbaren und nicht schmiedbaren Guß, wo auf Antrag des Zentrumsabgeordneten Letocha die ungeheuren Sätze der ersten Lesung wenigstens etwas reduziert wurden. Auch für Blech wurden einige geringe Herabsetzungen angenommen.

Damit war die Beratung des Zolltarifs selbst beendigt. Es folgte die Beratung des Tarifgesetzes. Sie kam über den § 1 nicht hinaus. Es handelt sich hier um den gefährlichen Doppeltarif für die Getreidearten. Die Sozialdemokraten wollen ihn natürlich gänzlich gestrichen wissen. Die Freisinnigen aber haben vor den Gegnern schon das Gewehr gestreckt. Sie wollen den Doppeltarif annehmen, wenn nur seine Mindestsätze nicht höher sind, als die des jetzt geltenden Vertragstarifs. Müller-Sagan beantragte als Mindestsätze für Roggen und Weizen 3,50 M., Gerste 2 M., Hafer 2,80 M. — der Ueberagrarier Hahn für alle vier Getreidearten den wahnsinnigen Mindestsatz von 7,50 M.!

Eine heitere Note hielt der Antisemit Bindewald, der für die Forderungen der Bündler eintrat und sich die Drohungen des sächsischen Vaterlands zu eigen machte. Die Bauern würden Sozialdemokraten werden, wenn der 7,50 M. Zoll nicht angenommen würde. Ohne genügenden Schutz würde der Bauernstand in seiner „Urwüchsigkeit" nicht erhalten werden können.

Den Schluß der Sitzung bildete eine Rede des Grafen Kanitz, dem Herr Bindewald natürlich aus dem Herzen gesprochen hat.

Auf Befehl „von oben"?

Vor Monaten ging durch die Wiener Presse die Nachricht von einem geheimnisvollen Gefangenen, einem ehemaligen österreichischen Hauptmann, der unter dem Verdachte stand, an einem Erzherzoge einen Erpressungsversuch verübt zu haben. Die Angelegenheit hätte für uns in Deutschland nur geringes Interesse, wenn nicht jetzt durch eine Wiener Tageszeitung, die Zeit, der Vorwurf offen erhoben worden wäre, jener Gefangene sei aus Preußen gegen den Spruch des Gerichts von der Polizei „auf Befehl von oben" nach Oesterreich ausgeliefert worden. Weil der Verdacht besteht, daß hier ein Seitenstück zu dem abscheulichen Fall Kalajew gegeben worden ist, daß in Preußen auch heute noch mit einer Art polizeilicher lettres de cachet (Verhaftsbefehlen) gearbeitet wird, muß die Angelegenheit ausführlicher erörtert werden; wir folgen dabei der Sachdarstellung des Wiener Blattes:

Der aus dem österreichischen Heere freiwillig ausgeschiedene Hauptmann Rainer Fischer hatte sich in Breslau etabliert und ein Wiener Café errichtet, das er mit seiner Gattin, der Tochter eines österreichischen Feldmarschall-Leutnants, betrieb. Das Unternehmen forderte Geld, viel Geld, mehr als dem Hauptmanne, dessen Heiratskaution nur langsam flüssig gemacht wurde, zur Verfügung stand. Er wandte sich daher mit einem Bittgesuche an den Erzherzog, zu dem er zumindest als Taufkind in näherer Beziehung stand, und der ihm schon früher hie und da ein ganz besonderes Wohlwollen bewiesen hatte. Einmal freilich war auch das Gegenteil geschehen. Da hatte sich der Hauptmann kurz vor seiner Vermählung auch an den Erzherzog mit einer Geldbitte gewendet, und davon war dieser so unangenehm berührt worden, daß er dem Hauptmann Fischer zwar einen Teil der erbetenen Summe zukommen ließ, gleichzeitig aber auch die Mahnung, derlei künftig zu unterlassen.

In der Not aber denkt man nicht an die Abweisung, die man einmal erfahren hat. In der Not greift man selbst nach einem Strohhalm. Und hier hatte der Mann Greifbareres noch. Er hatte das Versprechen, man werde für ihn schon zu sorgen wissen, und nach dem Tode des Erzherzogs werde er schon den Beweis dafür haben. Was nach dem Tode aber geschehen sollte, das konnte nach Ansicht des Bittstellers doch wohl auch, zumindest zum Teil, bei Lebzeiten geschehen, und so ging das Gesuch ab. Als Antwort kam eine neue „behördliche" Verwarnung. Der Hauptmann ließ sich nun hinreißen, zu fordern, wo er nur hätte bitten sollen. Er that das in Ausdrücken, mit denen man nach österreichischem Gesetz an die Person eines Erzherzogs nicht herantreten darf, und die Folge war — seine Verhaftung.

Man glaubte in Oesterreich in dem Briefe Rainer Fischers alle Merkmale der Erpressung zu sehen und verlangte seine Auslieferung. Die Breslauer Gerichte erklärten sich aber für kompetent, in ihrer Judikatur den Fall zu verhandeln, **und die Auslieferung wurde abgelehnt. Plötzlich aber wurde von oben her dem erneuten Auslieferungsersuchen brevi manu** (kurzer Hand) **stattgegeben, und Hauptmann Fischer wurde von zwei Beamten der Breslauer Polizei an die Grenze gebracht.** Die Gattin Fischers begleitete dabei ihren Mann. **An der Grenze wurde er von den österreichischen Behörden übernommen.**

Am 3. März wurde Fischer dem Wiener Landesgericht eingeliefert und so bewacht und behandelt, als handle es sich um einen zweiten Kaspar Hauser. Von allen anderen Gefangenen wurde der Hauptmann abgesondert. Er ging zu anderen Stunden als die übrigen Gefangenen im Gefangenhofe spazieren und hatte seine persönlichen Aufseher. Daß all das auffallen mußte, ist klar, und Fischer, den man nicht einmal in die Besuchszelle ließ, sondern der den Besuch seiner Frau in der eigenen Zelle empfangen mußte, wurde allgemein nur „der geheimnisvolle Häftling" genannt.

Durch allerlei Mittel unangebrachter Strenge steigerte man — vielleicht ohne Absicht — die begreifliche Aufregung des Untersuchungsgefangenen, und nur der robusten Stahlnervennatur Fischers ist es zu danken, wenn sein Nervensystem nicht zerrüttet wurde. In jedem Falle aber wurde aus jeder Erregung das Inhaftierten Kapital geschlagen, denn man wollte die Oeffentlichkeit offenbar mit dem Fall nicht behelligen und hoffte sie auf andere Art aus der Welt schaffen zu können.

Zu diesem Zwecke geschah das, was Hauptmann Fischer vorausgesehen hatte. Man behauptete, **er sei geistig nicht normal,** und der Obersthofmeister des Erzherzogs erklärte kategorisch, der Mann sei ein Narr und gehöre ins Irrenhaus. **Leider stand dieser Aussage ein Gutachten des Dr. Kurella in Breslau entgegen,** der darin urkundlich niederlegte, daß Hauptmann Rainer Fischer geistig durchaus gesund sei.

Dieses Zeugnis von dem in der kriminal-Anthropologie als Kapazität anerkannten Breslauer Gelehrten hatte sich Fischer nämlich vorsichtshalber kurz vor seiner Auslieferung verschafft.

Das stand aber nun mit dem Gutachten des Wiener Gerichtspsychiaters Regierungsrats Dr. Hinterstoißer in diametralem Gegensatze, **daß dieser sich an den Breslauer Kollegen mit der Bitte um ein anderes Gutachten wandte.**

Daß der Breslauer Arzt dieser Bitte nicht willfahrte, ist klar, und so wurde denn im eigenen Kreise der Wiener Gerichtsärzte allein die „Verrücktheit" des Hauptmanns Fischer konstatiert.

Fischer war darüber außer sich und machte einen Auftritt, der in den beteiligten Kreisen des Landesgerichts nicht unvergessen sein dürfte. Er verlangte Gerechtigkeit, Verlangte die Oeffentlichkeit des Verfahrens! Verlangte einen Prozeß, äußerte aber dann, er wisse wohl, daß man diese Oeffentlichkeit nicht wolle, denn der Sekretär des Erzherzogs habe dies ja persönlich bei seiner Zeugenaussage in der Sache zu Protokoll gegeben.

Woher konnte der Häftling alles wissen? Ganz einfach, aus den Protokollen selbst, in die man ihn, den Untersuchungsgefangenen, hat Einsicht nehmen lassen!

Und so, wie's im Protokoll stand, so geschah es. Die Oeffentlichkeit wurde vermieden. Hauptmann Fischer wurde für wahnsinnig erklärt und nachher wirklich in die psychiatrische Klinik überstellt. Hier erklärten die Aerzte fast einmütig, der Hauptmann sei geistig normal. Aber — für die Welt blieb er wahnsinnig. Gefährlich wahnsinnig. Bis er endlich sein Ehrenwort gab, sich nie mehr an den Erzherzog zu wenden, nie mehr Ansprüche an ihn geltend zu machen, und bis seine tapfere Frau die Bürgschaft dafür übernahm.

Am 13. September, nach nahezu siebeneinhalbmonatiger Haft und Internierung wurde Hauptmann Fischer den Seinen wiedergegeben.

Jetzt hat er vorübergehend Wien verlassen, um sich abermals von Autoritäten auf dem Gebiete der Psychiatrie auf seinen Geisteszustand hin untersuchen zu lassen und, auf deren Zeugnis gestützt, den Kampf um sein Recht, um den Prozeß, der ihm seine Ehre und sein Selbstbestimmungsrecht wiedergeben soll, auszufechten bis ans Ende.

* * *

Die fürchterliche Tragödie des Grafen Mattachich, der das Verbrechen beging, der Liebhaber einer unglücklich verheirateten Prinzessin zu werden, hat der staunenden Welt gezeigt, was alles in Oesterreich möglich ist, wenn die Interessen „hoher Herrschaften" berührt werden: die Rechtsgarantien, die in geordneten Staaten den Einzelmenschen gegen Willkür schützen, zerreißen wie Spinneweben, und in dunklen Kerkern vermodern die Unglücklichen, die sich „mißliebig" machten. Oder wenn nicht im Gefängnis, dann im Irrenhaus!

Bei dieser Gelegenheit wollen wir darauf hinweisen, daß seit einiger Zeit mit auffallendem Eifer Notizen über das Befinden der in der Pierson'schen Anstalt zu Coswig bei Dresden internierten Prinzessin Luise von Koburg veröffentlicht werden, durch die dargethan werden soll, die Frau sei wirklich geisteskrank. Warum denn dieser Eifer? Gegen wen richtet er sich?

Daß auch bei uns in Deutschland leider nicht alles „so reinlich und so zweifelsohne" ist, wie es sein sollte, das beweist gerade der furchtbare Fall Kalajew und auch der schwere Vorwurf, der jetzt von Wien aus gegen die preußische Regierung erhoben wird. Die Aera Bülow wird auf einem der schwärzesten Blätter der deutsch-preußischen Geschichte stehen: Brot- und Fleischwucher, Marinismus und Militarismus, nebelhafte Weltallsphantasterei und dabei die Erniedrigung zu Subergendiensten an halbbarbarische Staaten. Wird man auf die neue Anschuldigung eine Antwort haben?

Glänzender Gemeinderatswahlsieg in Mannheim.

Aus dem badischen Handelsemporium wird vom 30. September gemeldet: Bei den heute stattgefundenen Gemeindewahlen der dritten Steuerklasse erhielten die Sozialdemokraten 4950, der bürgerliche Mischmasch 2950 Stimmen. Sämtliche **zwanzig Sozialdemokraten** sind somit gewählt.

Deutsches Reich.

Berlin, 30. September. **Der Präsident des Reichstags** Graf Ballestrem teilte am Dienstag in der Zolltarifkommission mit, **die erste Sitzung des Reichstags werde am 14. Oktober stattfinden** und zwar mit der Tagesordnung: **Petitionen.**

— Nach der Frkf. Zeitung hat sich **der preußische Fiskus** bereit erklärt, mit seinen in Westfalen gelegenen neu erworbenen **Kohlengruben dem Bergbau-Vereine beizutreten.** — Das wird die Kohlenbarone sehr beruhigen.

— Zwanzig **„lästige Ausländer" hat das königl. Polizeipräsidium** aus Preußen **ausgewiesen, nämlich** 2 Italiener, 4 Russen und 14 Oesterreicher.

Der Empfang der Burengenerale beim Kaiser ist nach den Regulär-Offiziösen noch nicht beschlossene Sache. Die offiziösen Preßkulis betonen ferner anforinglich, daß der Kaiser die Generale nur als Soldaten empfangen werde, daß die Ausschaltung jeder politischen Bemerkung zur Bedingung gemacht werden würde. Trotzdem hat die Meldung in England schon lauten Jingoprotest hervorgerufen. Die Times schreiben, sie glaubten die Meldung nicht. Weder der Kaiser noch die Burenführer werden verfehlen, sich vorzustellen, welche natürlichen unvermeidlichen Wirkungen eine solche Handlung auf die öffentliche Meinung in England ausüben wird und welcher Art ihre Wirkung in Südafrika sein muß.

Auf die Bedingungen, unter denen die Audienz gewährt wird, würden wir wenig Wert legen, und wir würden über diese vom deutschen Kaiser „britischen Unterthanen" erwiesene Ehre ebenso erfreut sein, wie dieser Monarch und sein Volk erfreut sein würden, wenn König Eduard besondere Ehren einer Gruppe von Vertretern der Polen, welche zweifellos preußische Unterthanen sind, erweisen würde.

„Wir würden gezwungen sein, unsere Ansichten über die persönliche Freundschaft des Kaisers zu uns, sowie unser Urteil über die Loyalität und Ehrlichkeit der Burenführer einer Revision zu unterziehen."

Das Regierungsorgan, der Standard, schreibt, daß ein solcher Empfang nichts anderes als eine Wiederholung der Krüger-Depesche in kleinerem Maßstabe sein würde. Er stellt dann als Bedingung des Empfanges die Einführung der Generale durch den britischen Botschafter. Jeder andere Weg würde einen gänzlichen Mangel an Takt und eine Gleichgültigkeit gegen die legitimen Gefühle Englands zeigen, hinsichtlich deren wir ein Recht hätten, uns zu beklagen.

Kühler urteilt der Daily Telegraph, der die Einführung durch den britischen Botschafter als selbstverständlich voraussetzt:

Natürlich geht es die Engländer gar nichts an, wenn der Kaiser als Privatmann Privatleute empfangen will. Aber dem Engländerhaß unserer verbohrten alldeutschen und antisemitischen und sonstigen John Bullfreiser entspricht der wahnwitzige Jingoismus in Old England.